

Medien – Kreisverwaltung - Landestalsperrenverwaltung

15 Jahre nach dem verheerenden Hochwasser von 2002 erinnern die Medien an das Leid, das die Betroffenen erfahren mussten, berichten, wie gut sich der Hochwasserschutz entwickelt hat, loben die staatlichen Stellen für die vielen ausgegebenen Millionen zur Beseitigung der Schäden. Kreisverwaltung und LTV loben sich, was sie alles getan haben, um gegen künftige Hochwasser besser gerüstet zu sein. Als gäbe es nur den Technischen Hochwasserschutz. Wider besseren Wissens wird verschwiegen, dass Hochwasserschutz primär die Beseitigung der Auflandungen und des Aufwuchses im Elbvorland bedeutet.

Also: Alles im Lot?

Planfeststellungsverfahren

Zur Erinnerung: 2002 war das schreckliche Hochwasser. 2006 hat der Freistaat das Hochwasserschutzkonzept beschlossen. Nach interner Mitteilung der LTV sollte 2012 das Konzept umgesetzt sein. Nichts ist passiert. 2013 mussten wir erneut unter dem Hochwasser leiden. 2014 hat der Freistaat das Planfeststellungsverfahren eröffnet. 2015 wurden die Unterlagen ausgelegt. Bis Mitte 2017 bearbeitete die LTV die 157 Einwendungen. Jetzt entschied die Landesdirektion, die überarbeiteten Unterlagen für eine erneute Anhörung auszulegen. Dann kommen die Einwendungen, Bearbeitung der Einwendungen durch die LTV u. s. w.

Also: Alles beginnt von vorn!

War das alles? – Was ist zu tun?

Wir geben uns mit der Situation nicht zufrieden. Im Kreistag am 21.09.17 ist uns klar geworden, dass die Landkreisleitung offensichtlich den Hochwasserschutz unterschätzt. Erste bescheidene Schritte zur Säuberung des Bewuchses im Bereich Zeithain reichen nicht aus. Der Landrat muss den Hochwasserschutz zur Chefsache machen. Deshalb haben die drei BI's aus Nünchritz und Zeithain einen gemeinsamen offenen Brief an den Landrat geschrieben. In der Zusammenkunft der drei BI's am 1. September haben wir entschieden, überörtliche Medien auf unsere Situation aufmerksam zu machen. Weiterhin wollen wir zum nächsten Runden Tisch Hochwasser am 17. November unsere Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen des von uns initiierten Wasserspiegellagenmodells behandelt wissen. Ministerium mit LTV, andere Behörden, Ämter haben bisher abgelehnt bzw. versäumt, Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen der Modellberechnungen zu ziehen.

Also: Wir machen Druck.

Udo Schmidt

Sprecher der BI HWNM 2016